Informationen

Mechthild Veil

»Globale Gerechtigkeit? Feministische Debatte zur Krise des Sozialstaats«

Frauenpolitische Konferenz vom 8.–10. November 1996 in Hamburg. Veranstalter: Frauenanstiftung, Projekt Politische Selbsterfahrung Hamburg, Regenbogen-Stiftungsverband, Büro für frauenpolitische Forschung & Beratung, Frankfurt/M.

Anlaß der Tagung war das auffallende Schweigen der Frauen in den Debatten zur Globalisierung und zur zukünftigen Entwicklung des Sozialstaats, das umso erstaunlicher ist, da Frauen sehr wohl über Konzepte zur Weiterentwicklung des Sozialstaats verfügen (vgl. u. a. Feministische Studien H. 2/1996). Warum dennoch feministische Sozialpolitikdebatten die gegenwärtigen Globalisie-

rungsdiskussionen so wenig beeinflussen, konnte auf der Fachtagung erwartungsgemäß nicht »endgültig« geklärt, sondern lediglich angesprochen werden. Denn zunächst ging es den Veranstalterinnen darum, einen feministischen Kontrapunkt gegenüber dem dominierenden Diskurs der Marktökonomie zu setzen.

Die Tagung hatte ein ehrgeiziges Programm. Wissenschaftlerinnen aus den USA, Kanada, Österreich, der Tschechischen Republik, den Niederlanden und aus Deutschland sprachen zu den vier unterschiedlichen Themenbereichen: Feministische Auseinandersetzung mit dem Sozialstaat, globale Umstrukturierung und Geschlechterverhältnis, Care-Ethik: Debatten um soziale Fürsorge und abschließend: Feministische Vorschläge zum Umbau des Sozialstaats. Die Beiträge wurden von Workshops unterbrochen, in denen Themen wie »Globalisierung und kulturelle Differenzen« (Mona Singer, Wien), »Ein Vergleich der Sozialstaatsdebatte in USA und in Deutschland« (Halina Bendkowsli, Berlin), »Wie global kann eine Care-Perspektive sein?« (Elisabeth Conradi, Hamburg) und »Minderheiten im Wohlfahrtsstaat« vertieft werden konnten. Eine abschließende Podiumsdiskussion zur »Krise des Sozialstaats und feministische Vorschläge für eine gerechtere Gesellschaft« beendete die Tagung.

Im ersten Themenkomplex, »Feministische Debatten zum Sozialstaat« näherte sich *Margharita Zander* der Frage nach der »Feminisierung sozialer Lasten? Wie entläßt der Wohlfahrtsstaat seine Frauen?« zunächst aus einer internationalen Perspektive. Sie referierte die in Deutschland noch wenig rezipierten Typologien von Wohlfahrtsstaaten, die der schwedische Wissenschaftler Gosta Esping-Andersen entwickelte: der liberale Wohlfahrtsstaat (England, USA), das sozialdemokratische Modell (die skandinavischen Länder) und das ständisch-korporative Modell, zu dem die Bundesrepublik gerechnet wird. Kennzeichen hierfür ist eine soziale Absicherung, die erwerbs- und ehebezogen ist, mit der frauendiskriminierenden Logik der Transferleistungen (Steuer- und Sozialleistungen) und der unbezahlten Familienarbeit als einer nach wie vor wichtigen Ressource des Wohlfahrtsstaates.

Die zweite Perspektive richtete sich auf die innerdeutsche Transformationsproblematik, die aus der Sicht ostdeutscher Frauenforscherinnen (Hildegard Nickel, Barbara Bertram und Birgit Bütow) Veränderungen im Arrangement der Geschlechter mit sich brachte. Nach Hildegard Nickel haben Frauen ihren Gleichstellungsvorsprung verloren. Das zeigt sich in der ansteigenden weiblichen Arbeitslosenquote, in den geschlechtsspezifischen Rekrutierungsmustern der Arbeitgeber und einer verstärkten Segmentierung des ostdeutschen Arbeitsmarktes, in der Privatisierung von Familienaufgaben, die die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen verschlechtern und in einem neuen Zerschnitt von Privat und Öffentlich.

Eine dritte Perspektive bezog sich auf die ungleichen Chancen von Männern und Frauen im gesellschaftlichen Individualisierungsprozeß, der nicht nur zu neuen Freiheiten (U. Beck) führt. Vielmehr ist der Prozeß der weiblichen Individualisierung durch einen starken

Anpassungsdruck an den Arbeitsmarkt geprägt – Angelika Diezinger spricht von einer Arbeitsmarktindividualisierung von Frauen – und gleichzeitig durch ein Verwiesensein von Frauen auf soziale Netzwerke und Teilhaberechte.

Nach M. Zander entläßt der Wohlfahrtsstaat die Frauen aus bereits brüchigen sozialen Sicherheiten, ohne sie jedoch gleichzeitig aus ihren traditionellen Verpflichtungen zu entlassen, im Gegenteil: der Staat bindet sie durch neue Reglements verstärkt ein.

Stanlie M. James (University of Wisconsin) rollte in ihrem Beitrag zum »Black Feminisms and the Welfare State« den Wohlfahrtsstaat der Vereinigten Staaten von seiner unpopulärsten Regelung, dem Wohlfahrtsprogramm auf, eine Art Sozialhilfe für Familien mit heranwachsenden Kindern (Aid to Families with Dependent Children, AFDC). Das AFDC-Programm gilt in den USA als ein Programm, das gesunden, arbeitsscheuen Menschen ein Leben in Faulheit ermögliche und dafür die arbeitende Mittelklasse zahlen läßt. Eindrucksvoll konnte S. M. James nachweisen, daß dieses Programm auf dem Stereotyp der schwarzen welfare-mother aufbaut, die aus dem Kinderkriegen einen Beruf macht, um Essensmarken und Sozialhilfegelder zu horten. Vor dem Hintergrund des angestrebten Sozialabbaus wirkt dieses diskriminierende Bild der schwarzen Frau geradezu explosiv.

Für S. M. James steht das AFDC-Programm exemplarisch für die spezifisch amerikanische Konzeptualisierung von Wohlfahrt als einer radikalisierten Form der Geschlechter- und Rassenfrage. Sie zeichnete die Entwicklung des US-amerikanischen Wohlfahrtsstaates nach, indem sie auf die Genese der stereotypen Bilder der »welfare mother« einging, deren Spur sie bis in die Zeiten der Sklaverei zurückverfolgte. Da wurde das Bild der »Isebel« aus dem Alten Testament evoziert, ein Weib, das Göt-

zen dient und das in der Sklaverei sinnbildlich die schlechte schwarze, lüsterne Frau darstelle. Hinzu kamen zwei entgegengesetzte Stereotypen, das der »Brutfrau« (breeder woman), die wie die Tiere Kinder produziere, und das der »asexuellen fetten schwarzen Mammy«, die treue Dienerin in den Haushalten der Weißen.

Diese unterschiedlichen Stereotypen, die in das Bild der »welfare mother« einfließen, dienten dazu, das AFDC-Programm und die Hilfeeempfänger in der öffentlichen Meinung zu diskreditieren: aus der Sicht der »Zahlenden« subventioniert diese Wohlfahrtsreform die »unwürdigen« Armen, und aus der Sicht der Sozialhilfeempfänger entwickelt sich das Programm zu einer demoralisierenden Maßnahme gegenüber dem ärmsten Teil der Gesellschaft.

Jirina Siklova (Universität Prag) formulierte »Sozialstaatliche Perspektiven aus der Sicht der Transformation« für die Tschechische Republik. Wieder einmal wurde deutlich, daß es sowohl parallele Entwicklungen zu den neuen Bundesländern gibt – so hat sich in beiden Ländern die ökonomische Situation der Frauen verschlechtert, und Frauen sind auf die sich entwickelnde Arbeitslosigkeit nicht vorbereitet – als auch Unterschiede. J. Siklova konstatierte eine zunehmende rechtspolitische Orientierung (leider erklärte sie nicht, was sie darunter verstand), von Frauen in der Tschechischen Republik, die sie als Abwehr gegen weitere verunsichernde Veränderungen interpretierte.

Im zweiten Themenschwerpunkt, »Globale Umstrukturierung und Geschlechterverhältnis« lag der Beitrag von *Isabelle Bakker* (Universität Toronto), »Geschlechterverhältnisse im Prozeß der globalen Umstrukturierung« im Zentrum der Gesamthematik der Tagung. Als Ökonomin und Finanzwissenschaftlerin ging sie auf die ökonomischen Grundlagen der Globalisierung,

die im englischsprachigen Raum präziser als Restrukturierung bezeichnet wird, ein, sowie auf die damit verbundenen Veränderungen in den Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft. Neben der bekannten These, daß der Wohlfahrtsstaat durch die neo-liberale Politik Handlungsspielräume einbüßt, da die Ressourcenverteilung zunehmend über den Markt organisiert wird, entwickelte I. Bakker die für feministische Politik interessante Perspektive einer Neukonzeption des Geschlechtervertrages. Sie ging davon aus, daß durch die Umstrukturierung der Marktkräfte die Kategorie Geschlecht sowohl eine größere als auch eine geringere Bedeutung erhalte. So wird durch die zunehmende Privatisierung der Reproduktion mehr privat geleistete Arbeit (care) von Frauen verlangt, da der Sozialstaat zunehmend auf unbezahlte Arbeit angewiesen ist. Andererseits verlieren Frauen, bzw. die Frauenbewegung, an politischem Einfluß. Da der öffentliche Sektor und der Sozialstaat ausgehöhlt werden, verringert sich auch das politische Terrain für soziale Bewegungen.

Am Beispiel der Handelsabkommen, der Haushaltspläne der Regierungen und des IWFs wurde deutlich, wie Gleichberechtigung unterminiert wird, wenn die Marktkräfte politisch kaum noch reguliert werden. I. Bakker plädierte dafür, Frauenkampagnen in Organisationen wie dem IWF zu organisieren, um die Geschlechterdimension in die Wirtschaftsdebatten einfließen zu lassen (engendering) und brauchbare Alternativen wie z. B. frauenfreundliche Haushaltsetats zu entwickeln, wie es bereits in Kanada geschieht. Gleichzeitig warnte sie davor, die soziale Versorgungsarbeit von Frauen (care) zu romantisieren und den frauenpolitischen Druck auf den Nationalstaat zu lockern. Die entscheidende Frage für Frauen sieht sie darin, ob es ihnen zukünftig gelingen wird, auch im wirtschaftlichen Bereich ernst genommen zu werden.

Birgit Sauer (Universität Wien) ging in »Staatstheoretische Auseinandersetzung mit Sozialstaat und Geschlechterverhältnis« ebenfalls auf die Grundlagen der Globalisierung und auf die neo-liberale »Zähmung« des Wohlfahrtsstaates ein. Dieser Prozeß erhält eine besondere Dramatik, da er gerade zu dem Zeitpunkt einsetzte, als Frauen ihre Teilhabe am Staat mit neuem politischem Selbstverständnis einforderten. Politische Versprechen wie Förderung von Frauen in der Arbeits- und Berufswelt z.B. durch Frauenquoten können ökonomisch nicht mehr eingelöst werden. B. Sauer plädierte für eine feministische Strategie, die sich auch positiv auf sozialstaatliche Instrumente bezieht. Für dieses Vorhaben durchleuchtete sie den Wohlfahrtsstaat und feministische Staatskonzepte. Ihr Anliegen war es, den Sozialstaat nicht als einen einheitlichen Block darzustellen, sondern als ein janusköpfiges Gebilde, das Feministinnen auch Handlungsspielräume eröffnet.

Die Hoffnung, im dritten Teil der Tagung zu »Care-Ethik: Debatten um soziale Fürsorge« ebenso genaue Analysen von Einzelaspekten des Sozialstaats zu erhalten wie in den beiden ersten Blöcken, erfüllte sich leider nicht. *Selma Sevenhuijsen's* (Niederlande) »Feministische Gedanken zu Care und Staatsbürgerrechten« ging von der Bedeutung der sozialen Versorgung (care) für den Sozialstaat und für die Frauenbewegung aus. Sie stellte zwei thematische Ansätze zur sozialen Versorgung in feministischen Debatten vor: einen sozialliberalen Ansatz, der Fürsorge als erweiterten Arbeitsbegriff faßt, woraus sich Forderungen nach einer neuen Verteilungsgerechtigkeit ableiten lassen, und einen transformatorischen Ansatz, der von einer Versorgungsethik ausgeht und Gerechtigkeit im Sinne menschlicher Entfaltung und der Grundwerte definiert.

S. Sevenhuijsen verknüpfte feministische Debatten zur Versorgungsethik

mit der Frage einer erweiterten Konzeption von Staatsbürgerschaft und kam zu einem überraschend harmonischen Gesellschaftsbild: Wenn »care« die soziale Praxis aller wird, können Konzepte von Staatsbürgerschaft und soziale Rechte so umgestaltet werden, daß es Frauen und Männern ein erfülltes und menschenwürdiges Leben ermöglicht.

Andrea Maihofer (Universität Frankfurt) überraschte durch die Freiheit, sich von ihrem Thema »Ist die Care-Perspektive auf sozialstaatliche Fragestellungen übertragbar?« zu entfernen und statt dessen einen Bogen von Carol Gilligan (»Die andere Stimme«) über Marx und Judith Butler (in dieser Reihenfolge) zu schlagen. Sie ging auf das Menschenbild ein, das hinter den Sozialstaatskonzepten steht, auf die soziale Verbundenheit und Sozialität der Individuen bei Marx und Gilligan, auf die Konstituiertheit der Individuen als Ergebnis bestimmter Verhältnisse bei J. Butler.

In den abschließenden Beiträgen, die als »Feministische Vorschläge zum Umbau des Sozialstaats« gebündelt wurden, war der Vorschlag von *Marieluise Beck* (MdB und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Grüne) zu einer innovativen »Arbeitsmarktpolitik – ein sozial- und beschäftigungspolitisches Instrument für mehr Gerechtigkeit« bemerkenswert. Angesichts der strukturellen Massenarbeitslosigkeit stellte sie eine Arbeitszeitpolitik und eine Anpassung der Steuerpolitik vor, die ein Mehr an Chancengleichheit und an Zeitsouveränität für Männer und Frauen ermögliche: durch Umverteilung von Erwerbsarbeit und gesellschaftliche Neudefinition von Arbeit in dem Sinne, daß die enge Verbindung von Einkommen und sozialer Sicherheit gelockert wird.

Eine der Veranstalterinnen, *Dörthe Jung* (Büro für frauenpolitische Forschung & Beratung, Frankfurt) rundete

die Veranstaltung durch den Beitrag »Nachhaltiger Sozialstaat – Frauen als Pionierinnen neuer sozialer Umverteilung und gesellschaftlicher Solidarität« ab. Aus ihrer Sicht können Frauen nur dann Pionierinnen neuer gesellschaftlicher Solidarität sein, wenn ihre Lebens- und Arbeitsbiographien auch für Männer verbindlich werden. Die Kriterien einer langfristigen Entwicklung sind im Umbau des Sozialstaats dann nicht eingelöst, wenn die bestehenden Strukturen des Geschlechterverhältnisses unverändert bleiben.

Diese frauenpolitische Konferenz markierte einen Beginn bei der Einmischung von Frauen in die gegenwärtigen Debatten zur Globalisierung und zur Restrukturierung, indem Forscherinnen und Politikerinnen zunächst untereinander den Dialog aufgenommen und ihren Standpunkt ausgelotet haben. Zu diesem ersten Schritt hat die Tagung einen wichtigen und erfolgreichen Beitrag geleistet, auf den – so bleibt zu hoffen – weitere Initiativen folgen werden.

Susanne Zander

»Sag' mir wo die Mädchen sind ...«

*Tagung zur Mädchen-
geschichte und Geschlechter-
geschichte der Jugend,
1880–1960, Martin-Luther-
Universität Halle-Witten-
berg, Wittenberg 26.–28. Sep-
tember 1996*

Ende September trafen sich in den Räumen der Leucorea in Wittenberg 25 Historikerinnen und Historiker aus England, Österreich, den USA, Kanada und Deutschland, um ihre Arbeitsergebnisse und Thesen zur Mädchengeschichte Westeuropas zwischen 1880 und 1960 zu diskutieren.

Geplant und vorbereitet wurde die Tagung von Christina Benninghaus (Halle) und Kerstin Kohtz (Berlin).

Zum Tagungsauftritt standen in der ersten von vier Sektionen die Erfahrungen junger Frauen und Mädchen in staatlichen Jugendorganisationen im NS-Staat und in der DDR im Mittelpunkt.

Johanna Gehmacher (Wien) setzte sich auf der Basis lebensgeschichtlicher Interviews mit den Erfahrungen und Hoffnungen junger Frauen in nationalsozialistischen Jugendorganisationen in Österreich zwischen 1938 und 1945 auseinander. Am Beispiel zweier 1922 bzw. 1924 geborener Frauen, die nach mehr als 50 Jahren über ihre Jugenderinnerungen Auskunft gaben, machte sie anschaulich, von welchen gesellschaftlichen und biographischen Faktoren die individuelle Verarbeitung des Bruchs von 1945 abhängig sein kann: Ob die Frauen die notwendig gewordene weltanschauliche Umorientierung für ihren Lebensweg letztlich im Rückblick posi-